

Kurznachrichten vom Frauenpolitischen Rat Land Brandenburg e.V.

## ÜBERSICHT

### In eigener Sache

1. Einladung zur außerordentlichen Mitgliederversammlung
2. Wir stellen vor: Neue Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle
3. Wir stellen vor: Koordinierungsstelle

### Aktuelle Hinweise

4. Studie: Was junge Frauen wollen
5. Studie: Geschlechtergerechtigkeit in Europa
6. Artikel: Heute die Rente von morgen sichern
7. Nachricht: AfD: Keine Alternative für Frauen

### Online Aktivismus

8. Spendenaufruf von Terre des Femmes: NEIN zu Genitalverstümmelung
9. Förderung für Kulturprojekte mit jungen geflüchteten Frauen
10. Kostenlos im Netz: Dokumentation über geflüchtete Frauen

### Veranstaltungen / Aktionen

11. 3. Gender Studies Tagung zum Thema Arbeit 4.0 – Blind Spot Gender am 22.09. in Berlin
12. Seminar: Recht für Geflüchtete: Einführung in das Asyl- und Flüchtlingsrecht am 06.10. in Potsdam
13. Aufruf zur Demonstration: Stoppt CETA & TTIP am 17.09. in Berlin
14. Aufruf zum Aktionstag „Mein Körper, Meine Verantwortung, Meine Entscheidung“ – Weg mit §218! am 17.09. in Berlin
15. Diskussion / Vortrag Gegen Lebensschutz von rechts am 13.09. in Berlin

### Stellenausschreibungen

16. Referentin: Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) (Frist: 13.09)
17. Projektkoordination für ein neues Begegnungsprojekt für LSBTIQ Geflüchtete in Brandenburg (Frist: 10.09.)
18. Praktikum (unentgeltlich) für Studierende in der Stabsstelle der Landesgleichstellungsbeauftragten
19. Persönliche ReferentIn der geschäftsführenden Vorstandsfrau bei Terre des Femmes (Bewerbungsfrist 09.10.)

## In eigener Sache

### 1. Einladung zur außerordentlichen Mitgliederversammlung

Sehr geehrte Damen, liebe Frauen,

ich möchte Sie an die außerordentliche Mitgliederversammlung des Frauenpolitischen Rates Land Brandenburg e.V. erinnern, welche am kommenden Samstag den **10. September 2016** ab **10.30 Uhr** im **Autonomen Frauenzentrum Potsdam** stattfinden wird.

**Dies ist die vorläufige Tagesordnung:**

**TOP 1:** Begrüßung durch die Sprecherinnen, Prüfung der Beschlussfähigkeit, Abstimmung über die Nichtöffentlichkeit der a.o. MV (Antrag ALV) und die Tagesordnung

**TOP 2:** Vorstellung der Neustrukturierung der Geschäftsstelle (Antrag ALV) und der neuen Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle

**TOP 3:** Tätigkeitsbericht der Sprecherinnen und der Geschäftsstelle mit den Unterpunkten

3 a: Bericht zu den Aktivitäten der Geschäftsstelle und Sprecherinnen seit April 2016

3 b: Besetzung des Beirates Brandenburgische Frauenwoche nach Ausscheiden der bisherigen Geschäftsführerin des FPR

3 c: Planungsstand Brandenburgische Frauenwoche 2017

3 d: Stand der Arbeiten an Satzung, Wahlordnung und Geschäftsordnung (Antrag djB)

**TOP 4:** Anträge zur a.o. MV zur Wahl der 2. Sprecherin durch den djB, den ALV sowie die Frauen Union

**TOP 5:** Diskussion des Entwurfes der neuen Satzung

Wir freuen uns auf Ihre/Eure Teilnahme und eine konstruktive Diskussion.

### 2. Wir stellen vor: Neue Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle

Am 1. August konnten wir Verena Letsch in der Geschäftsstelle begrüßen, die an der Seite von Friederike Arndt nun für Koordination, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist. Sie hat sich begeistert eingearbeitet und auch einzelne Mitglieder schon kennen lernen dürfen und freut sich auf die zukünftige Zusammenarbeit.

Sie können die beiden Mitarbeiterinnen telefonisch oder per Mail Montag bis Freitag von 11 – 15 Uhr in der Geschäftsstelle erreichen.

### 3. Projektstart „Anti-Gewalt-Koordinierung Frauen Brandenburg (AKFB)“

Am 1. Juli 2016 nahm die Koordinierungsstelle für Zufluchts- und Beratungsangebote für von Gewalt betroffene (Flüchtlings-) Frauen und Kinder in Brandenburg ihre Arbeit auf. Über die räumliche Nähe zur Geschäftsstelle des Frauenpolitischen Rates freuen wir uns natürlich besonders.

Hier eine kleine Selbstbeschreibung der Koordinierungsstelle:

„Wir sind ein Projekt des Netzwerks der brandenburgischen Frauenhäuser e.V. und verstehen uns als institutionalisiertes Kooperationsbündnis mit dem Ziel, Gewalt gegen Frauen und Kinder abzubauen und zukünftig zu verhindern. Dazu gehört, Vorurteilen gegenüber gewaltbetroffenen Frauen entgegenzuwirken und gesellschaftliche Bedingungen zu schaffen, die eine effektive Hilfe für die Frauen und Kinder gewährleisten und jegliche Formen von Gewalt ächten. Unser derzeitiger Schwerpunkt liegt auf der Arbeit mit geflüchteten Frauen und Kindern.

Unsere Angebote

- Entwicklung von Standards zum Schutz gewaltbetroffener Frauen und Kinder gemeinsam mit Akteur\_innen des Hilfesystems
- Weiterentwicklung des Hilfe-Netzwerks, z.B. Vernetzung von Frauenhäusern und Flüchtlingsunterkünften
- Unterstützung bei der Organisation von Fortbildungen, z.B. Recherche von Referent\_innen
- Durchführung von Fortbildungen zum Thema „Gewalt gegen Frauen“ und „Gewaltschutz“
- Zusammenstellung von Arbeitsmaterialien
- Politische Interessensvertretung für gewaltbetroffene Frauen“

Die Ansprechpartnerin ist Dipl.-Psych. Lydia Sandrock, Charlottenstr. 121, 14467 Potsdam

[koordinierung@frauenhaeuser-brandenburg.de](mailto:koordinierung@frauenhaeuser-brandenburg.de)

Festnetz:0331/81329847

Mobil:0176/43524738

## Aktuelle Hinweise

### 4. Studie: Was junge Frauen wollen

Das Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung hat eine Studie veröffentlicht, die den Fragen nachging: Was halten junge Frauen eigentlich von Familien- und Gleichstellungspolitik? Wo sind die Berührungspunkte in ihrem Alltag und wo sehen sie politischen Handlungsbedarf? Befragt wurden Frauen zwischen 18 und 40 Jahren aus allen sozialen Schichten und Milieus.

Die Ergebnisse dieser Studie zeigen, dass Frauen sich grundsätzlich gleichberechtigt im Alltagsleben wahrnehmen, jedoch gilt dies nur so lange, bis sie ihr erstes Kind bekommen. Ab diesem Zeitpunkt verstärken sich Problemlagen wie ungleiche Bezahlung, Ungleichbehandlung im Berufsleben und traditionelle Geschlechterrollen in der Partnerschaft. Zudem wünschen sich junge Frauen eine flexiblere und kostenlose Kinderbetreuung.

Die komplette Studie finden Sie unter <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/12633.pdf>

### 5. Studie: Geschlechtergerechtigkeit in Europa

Rechtspopulistische Strömungen sind in Europa auf dem Vormarsch. Gleichstellungspolitische Errungenschaften werden als „Gender-Wahn“ diffamiert und bekämpft. Wie aber ist der Status Quo in Sachen Gleichstellung in anderen Ländern? Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung gibt Antworten.

Meistens sind es nur Bruchstücke von Debatten, die aus europäischen Nachbarländern auch in den hiesigen Medien abgebildet werden. Derzeit etwa wird die Frage nach einem Burka-Verbot in Frankreich in Verbindung mit der innenpolitischen Sicherheit gebracht. Aber welche gleichstellungspolitischen Fragen werden in anderen Ländern diskutiert? Welcher Handlungsbedarf besteht dort? Wo scheint so etwas wie Geschlechtergerechtigkeit auf? Und wo können wir von den Erfahrungen anderer lernen?

#### **Frage nach progressiver Geschlechterpolitik**

Es sind die großen Linien einer progressiven Geschlechterpolitik nach denen die Studie „Auf dem Weg zur Geschlechtergerechtigkeit?“ der Friedrich-Ebert-Stiftung fragt. Dazu wurden neun Länder untersucht: neben Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich, Schweden, der Schweiz und Ungarn auch die USA.

#### **Aggressive Anti-Gender-Rhetorik bis in gesellschaftliche Mitte hinein**

Der Untersuchung stellt der Referatsleiter Internationale Politikanalyse der FES, Dr. Michael Bröning, die Beobachtung voran, dass es neben der unterschiedlichen Entwicklungen in den jeweiligen Ländern derzeit länderübergreifend eine Art „Kulturkampf“ gebe, der die gleichstellungspolitischen Errungenschaften gefährde: „Als Beispiel sei hier nur das Erstarken rechtspopulistischer Bewegungen genannt. Sie machen mit aggressiver Anti-Gender-Rhetorik bis weit in die gesellschaftliche Mitte hinein Stimmung gegen progressive Familien- und

Geschlechterpolitik. Dabei diskreditieren sie ausgerechnet die Positionen als »überkommen« und »totalitär«, die dazu gedacht sind, Spielräume von Frauen und Männern zu erweitern. Geschlechter- und Familienpolitik ist dabei zum umkämpften Symbolthema, ja bisweilen sogar zum Teil eines Kulturkampfes geworden.“

### **Entwicklungen vergleichbar machen**

In der Studie selbst wird in jedem Kapitel ein Land unter die Lupe genommen und unter der Überschrift „Daten und Fakten“ werden neben Gender Equality Index und Gender Pay Gap etwa auch Steuerrecht, Elternzeit, Kinderbetreuung, Beschäftigungsquote und Rentensystem auf ihre Geschlechtergerechtigkeit hin untersucht. Auch der Frauenanteil in Führungspositionen wird analysiert sowie die Rechte von homosexuellen Paaren. Erklärtes Ziel: die Entwicklungen vergleichbar machen. An dieser Stelle sei erwähnt, dass der Übersichtlichkeit halber gerade im Kapitel „Daten und Fakten“ eine tabellarische Ansicht der Ergebnisse wünschenswert wäre.

### **Gleichstellungspolitische Fortschritte über parteipolitische Gräben hinweg**

Neben den Fortschritten, die in den vergangenen Jahren in Sachen Gleichstellungspolitik gemacht wurden - auch über parteipolitische Gräben hinweg - werden in weiteren Abschnitten aktuelle Debatten abgebildet sowie geschlechterpolitische Positionen im Mitte-Links-Spektrum.

### **Vorbildcharakter von Gleichstellungspolitik**

Dass es von unseren Nachbarländern allerhand zu lernen gibt, sei hier nur exemplarisch aufgezeigt. Das Rentensystem in Dänemark ist etwa so organisiert, dass „eine vorübergehende Reduktion des Arbeitspensums zwecks Kindererziehung gut kompensiert wird. Dauert die Reduktion weniger als 10 Jahre, ist die Rente fast gleich hoch wie bei Vollzeit-Arbeitenden“. Hierzulande liegt der Gender Pension Gap bei 59,6 Prozent. Er ist im europäischen Vergleich einer der höchsten. In Österreich liegt er etwa bei 34 Prozent, in Schweden bei 33 Prozent.

### **Gleichstellungspolitik wirkt sich auf Wettbewerbsfähigkeit aus**

Im jährlichen Global Gender Gap Report des Weltwirtschaftsforums zeigt sich immer wieder, dass Gleichstellung nicht nur eine Frage der Gleichberechtigung ist, sondern dass sie sich auch auf die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit eines Landes auswirkt. So dürfte die Frage auch sein, wie Gleichstellungspolitik künftig so kommuniziert wird, dass die Vorteile für eine breite Bevölkerungsschicht (wieder) deutlich werden.

**Quelle:** [Auf dem Weg zur Geschlechtergerechtigkeit - Berichte aus Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich, Schweden, Schweiz, Ungarn und USA](#)

## 6. Artikel: Heute die Rente von morgen sichern

„Mit der Rente ist es so eine Sache: Bei jungen Menschen gilt es von jeher als „uncool“, sich für Rententhemen zu interessieren, und auch Frauen neigen – besonders in den mittleren Lebensjahren – dazu, das Thema, seine Tragweite und die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten zu verdrängen. Mit der Entgeltgleichheit war es lange Zeit ähnlich.

Erst die Kampagne zum Equal Pay Day hat in den vergangenen Jahren auf breiter Linie das Bewusstsein für die Lohnlücke und ihre vielfältigen Ursachen geschärft. Sie liegen überwiegend in der überkommenen Rollenverteilung begründet, verstärken sich wechselseitig im Lebensverlauf und münden schlussendlich geradezu zwangsläufig in eine geschlechtsspezifische Rentenlücke von 60 Prozent.

Nun kommt es mit der Digitalisierung zu tiefgreifenden Veränderungen des Arbeitsmarktes, die die Teilhabenchancen im Erwerbsleben neu verteilen, die die Lohnlücke womöglich vergrößern und erkennbar neue Alterssicherungsrisiken entstehen lassen. Die Foren zum Equal Pay Day 2016 haben diese Fragen aufgegriffen und die Debatte um die Rente von morgen eröffnet, noch bevor die Diskussion um die Notwendigkeit einer „großen Rentenreform“ im April 2016 durch Äußerungen von Horst Seehofer und Sigmar Gabriel öffentlichkeitswirksam eingeläutet wurde. (...)“

Den ganzen Artikel finden Sie unter:

<https://www.djb.de/publikationen/zeitschrift/djbZ-2016-2/djbZ-2016-Heft-2-b1/>

## 7. Nachricht: AfD: Keine Alternative für Frauen

### **Der Deutsche Frauenrat informiert:**

„Der große Erfolg, den die AfD bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern erzielt hat, geht vor allem auf die Stimmen von Männern zurück. Deutlich weniger Wählerinnen als Wähler sehen in der rechtspopulistischen Partei eine Alternative zum politischen Establishment.

So wurde die AfD zwar von 25 Prozent der Männer aber nur von 16 Prozent der Frauen gewählt, wie eine Nachwahlbefragung des Meinungsforschungsinstituts Infratest dimap ermittelt hat. Ein ähnlich signifikanter geschlechtsspezifischer Unterschied im Wahlverhalten zeigt sich bei dieser Wahl – aber in umgekehrter Form - nur noch bei der SPD: Für diese entschieden sich 34 Prozent der Wählerinnen aber nur 27 Prozent der Wähler. Bei allen anderen Parteien liegt die geschlechtsspezifische Differenz bei maximal einem Prozent.

Damit bestätigen sich die Erkenntnisse früherer Wahlen: Frauen neigen deutlich weniger zu rechtspopulistischen oder rechtsextremen Parteien. „Männlich, Realschulabschluss, arbeitslos“ bezeichnet *Die Welt* den typischen AfD-Wähler. Es sind vor allem Männer zwischen 30 und 59 Jahren mit Mittlerer Reife, Arbeiter oder arbeitslos, die die Parolen der RechtspopulistInnen attraktiv finden.“

Den Artikel finden Sie unter:

[http://www.frauenrat.de/no\\_cache/deutsch/infopool/nachrichten/informationdetail/article/afd-keine-alternative-fuer-frauen.html](http://www.frauenrat.de/no_cache/deutsch/infopool/nachrichten/informationdetail/article/afd-keine-alternative-fuer-frauen.html)

## Online Aktivismus

### 8. Spendenaufruf von Terre des Femmes: NEIN zu Genitalverstümmelung

Seit 1998 kämpft TERRE DES FEMMES gemeinsam mit der Association Bangr Nooma (ABN) für das Ende der Genitalverstümmelung in Burkina Faso. Obwohl diese traditionelle Praxis seit 1996 in Burkina Faso gesetzlich verboten ist, sind nach Angaben von UNICEF 76% der Frauen und Mädchen dort immer noch von Genitalverstümmelung betroffen. Sie leiden ein Leben lang unter den körperlichen und seelischen Folgen dieser Eingriffe

„Bangr Nooma“ bedeutet - „Es gibt nichts Besseres als Wissen“. Nach diesem Motto betreibt ABN intensive Aufklärungsarbeit um die Bevölkerung zu überzeugen, die Genitalverstümmelung (engl. Female Genital Mutilation = FGM) zu beenden. Mit ihren mehrjährigen Kampagnen konnte die Organisation schon über 33.000 Mädchen vor FGM schützen. Ein großartiger Erfolg, den wir zusammen mit den MitarbeiterInnen vor Ort fortsetzen wollen.

Schützen Sie mit Ihrer Spende die Mädchen in Toukin vor Genitalverstümmelung!

<https://www.betterplace.org/de/projects/45753-nein-zu-genitalverstummelung>

### 9. Förderung für Kulturprojekte mit jungen geflüchteten Frauen

Die KuKMA weist auf eine interessante Projektförderung im Rahmen von *Kultur macht stark* hin.

Unter dem Stichwort Frauen – iD kann das Paritätische Bildungswerk Bundesverband Finanzmittel für Kulturprojekte mit jungen geflüchteten Frauen zwischen 18 und 26 Jahren vergeben. Die Projekte müssen wie üblich in Kooperation mit anderen Trägern vor Ort durchgeführt werden.

Alle Informationen sind [auf der Homepage zu Frauen-iD](#) zu finden.

### 10. Kostenlos im Netz: Dokumentation über geflüchtete Frauen

Ein Team von unternehmerinnen.tv hat im Rahmen der Maßnahme „PerF - Perspektiven für Flüchtlinge“, ein bundesweit einzigartiges Filmprojekt ehrenamtlich umgesetzt: eine Dokumentation von Flüchtlingen über geflohene Frauen im Camp Fallingbostal-West, Norddeutschlands größter Notunterkunft, jetzt eines der ersten Ankunftscentren in Deutschland.

Der knapp 40-minütige Film trägt den Titel "Stimmen der Flucht-die Frauen im Camp", produziert aus einem Team von Film-Profis, darunter zwei syrische Kameraleute, selbst Flüchtlinge. Einblicke dieser Art hat es bisher nicht gegeben, einen Dokumentarfilm von Flüchtlingen über Flüchtlinge ebenfalls nicht.

Sat1, RTL, NDR Fernsehen & Hörfunk sowie viele Zeitungen berichten aktuell ausführlich, unseren Pressespiegel finden Sie auf unserer Projektpage, ebenso den vollständigen Film: <http://www.unternehmerinnen.tv/projekte/fluechtlingsfilm.html>. Dort gibt es außerdem ein ausführliches Interview mit den beiden syrischen Filmemachern zu sehen.

Der Film ist auf [www.unternehmerinnen.tv](http://www.unternehmerinnen.tv) kostenlos zu sehen.

Bei Fragen und Anregungen wenden Sie sich bitte an:

**Antje Diller-Wolff** - shs medien

Ilhorn 16 - 29643 Neuenkirchen

Fon 05195 933831

Fax 05195 933591

Mail [info@shsmedien.de](mailto:info@shsmedien.de)

Web [www.shsmedien.de](http://www.shsmedien.de)

Facebook [www.facebook.com/AntjeDillerWolff.shsmedien](http://www.facebook.com/AntjeDillerWolff.shsmedien)

Twitter [www.twitter.com/ADillerWolff](http://www.twitter.com/ADillerWolff)

## Veranstaltungen / Aktionen

### 11. 3. Gender Studies Tagung. zum Thema Arbeit 4.0 – Blind Spot Gender am 22.09. in Berlin

Die Diskussion um die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitswelt ist in vollem Gange. Die Geschlechterperspektive bleibt allerdings meist noch ausgeklammert und damit ein „Blind Spot“ (zu Deutsch: blinder Fleck). Dabei ist es immens wichtig, die Auswirkungen der Digitalisierung auch im Hinblick auf die Gleichstellung der Geschlechter zu analysieren. Ein Beispiel: Bereits heute verdienen Frauen – bezogen auf den durchschnittlichen Bruttostundenlohn – gut ein Fünftel weniger als Männer. Dass diese Lohnungerechtigkeit durch die Digitalisierung abnimmt, ist keinesfalls selbstverständlich. Studien belegen, dass die Lohnlücke beispielsweise in der Berliner Startup-Szene noch höher ausfällt.

Im Rahmen der 3. Gender Studies Tagung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und der Friedrich-Ebert-Stiftung sollen die Diskussionen über die geschlechterpolitischen Herausforderungen der Digitalisierung angestoßen und Impulse für die weitere Debatte gesetzt werden. Dabei wird es auch um die Frage gehen, wie Stereotype zu durchbrechen und mehr Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen sind.

Mehr Infos unter:

[http://www.diw.de/de/diw\\_01.c.535004.de/ueber\\_uns/vorstandsbereich/gender\\_studies/gender\\_studies\\_tagung\\_2016.html](http://www.diw.de/de/diw_01.c.535004.de/ueber_uns/vorstandsbereich/gender_studies/gender_studies_tagung_2016.html)

### 12. Seminar: Recht für Geflüchtete: Einführung in das Asyl- und Flüchtlingsrecht am 06.10. in Potsdam

**Donnerstag, 06.10.2016**

**10.00 - 17.00 Uhr, Internationaler Bund**

(Gartenstr. 42, 14482 Potsdam)

„Seit geraumer Zeit ist das Asylrecht zu einem wichtigen Thema in unserer Gesellschaft geworden. Nicht nur in den Beratungsstellen für Geflüchtete sondern auch im Rahmen von Willkommensinitiativen und somit für ehrenamtlich Engagierte ist umfassende Sachkenntnis auf diesem Gebiet gefordert. Dieses Einführungsseminar befasst sich schwerpunktmäßig mit dem Ablauf des Asylverfahrens – Rechtsstellung, Dublinverfahren, nationales Verfahren und Schutzstatus. Es wird außerdem darüber gesprochen, wie der Zugang zum Arbeitsmarkt für Geflüchtete geregelt wird und was sich z.B. ändert in Bezug auf Familiennachzug. Gerne leiten wir konkrete Fragen im Vorfeld an den Referenten weiter.“

Das Seminar richtet sich besonders an Multiplikator/innen in der Sozialen- und Bildungsarbeit sowie an Engagierte in Willkommensinitiativen, die ihre Kenntnisse auf dem Gebiet des Flüchtlingschutzes erweitern und/oder Basiswissen im deutschen Asylrecht erwerben möchten.“

**Trainer: Felix Isensee** ist Rechtsanwalt und bietet seit einigen Jahren Grundkurse zu Asyl- und Ausländerrecht u.a. für die Diakonie an.

Die **Teilnahme** an der Veranstaltung ist **kostenfrei mit Selbstverpflegung**.

Eine Anmeldung ist erforderlich. **Anmeldungen** mit Name, Organisation und Kontaktdaten bitte **bis zum 21. September 2016** an [anmeldung@boell-brandenburg.de](mailto:anmeldung@boell-brandenburg.de)

Das Training findet im Rahmen des Projektes „CUCHA - Cultural Challenges. Fairness und Verantwortung für unsere Kommunen“ der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg statt und wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der Europäischen Union kofinanziert.

**Kontakt:**

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e.V.

Britta Steels

Tel.: 0331 200578 - 13

[steels@boell-brandenburg.de](mailto:steels@boell-brandenburg.de)

[www.boell-brandenburg.de/de/cucha](http://www.boell-brandenburg.de/de/cucha)

## 13. Aufruf zur Demo: Stoppt CETA & TTIP am 17.09. in Berlin

Ort: Alexanderplatz (Karl-Marx-Allee)

Zeit: 17. September 2016, 12 Uhr

Zur Demonstration gegen das Freihandelsabkommen rufen unter anderem das Bündnis '90/ Die Grünen auf.

Mehr Informationen finden Sie unter:

<http://www.gruene.de/ueber-uns/2016/stop-ttip-ceta-demonstrationen-deutschlandweit.html>

## 14. Aufruf zum Aktionstag „Mein Körper, Meine Verantwortung, Meine Entscheidung“ – Weg mit §218! am 17.09.2016 in Berlin

### **Das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung lädt ein:**

„Für die „Lebensschützer“ gilt der Schwangerschaftsabbruch als „vorgeburtliche“Tötung und sie setzen ihn sogar dem Holocaust gleich. Ihr Begriff des „Lebensschutzes“ heißt umfassende Kontrolle über Frauen und die Herstellung der „alten Ordnung“ mit der „heiligen Familie“. Sie wollen Mädchen und Frauen jedes Recht auf Selbstbestimmung nehmen. Sie kämpfen gegen die heutige Vielfalt von Lebensentwürfen, sexuellen Orientierungen oder geschlechtlichen Identitäten. Sie hetzen gegen Gleichstellung und eine tolerante Gesellschaft und bedrohen mit dieser Haltung Leben statt es zu schützen. Zudem sind sie eng verbunden mit der rechtsradikalen AfD.

Wir müssen diesem reaktionären Aufmarsch und dem wachsenden gesellschaftspolitischen Einfluss christlicher Fundamentalist\_innen und Parteien wie der AfD entgegenreten.

Wir sind auch im Jahr 2016 überzeugt: Sexuelle Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht!“

### **Ablauf + Route**

#### **13.30 Uhr: Auftaktkundgebung am Brandenburger Tor, Platz des 18. März**

Begrüßung und Eröffnung des Aktionstages

Redebeiträge von Vertreter\_innen der Parteien SPD, LINKE und GRÜNE

#### **14.15 Uhr: Demobeginn: Ebertstr. -Wilhelmstr. – Französische Str.**

#### **15.00 Uhr: Zwischenkundgebung am Gendarmenmarkt**

Redebeiträge:

Bündnis Aufstehen gegen Rassismus

International Women Space

Refugee LGBTI Conference

#### **15.30 Uhr: Demo geht weiter Richtung Bebelplatz über Französische Str.**

#### **15.45 Uhr: Abschlusskundgebung Bebelplatz**

Redebeiträge:

15M Marea Granate Berlin

pro youth Berlin

GEW

Poetryslam

Für die Mobilisierung des Aktionstags gibt es außerdem Flyer, Aufkleber und Plakate. Bestellbar hier: [info@sexuelle-selbstbestimmung.de](mailto:info@sexuelle-selbstbestimmung.de)

Teilen Sie die Seiten mit aktuellen Veranstaltungshinweisen und Informationen!

Facebook: <https://www.facebook.com/events/789340851187970/> (Aktionstag)

<https://www.facebook.com/PRO.Familienplanung> (Bündnisseite)

Twitter: [@ProChoice\\_DE](https://twitter.com/ProChoice_DE)

# 15. Diskussion / Vortrag Gegen Lebensschutz von rechts

## Queer-feministische linke Interventionen gegen Backlash und Antifeminismus

Mit Ines Scheibe, Eike Sanders

**Dienstag, 13.09.2016** | 19:00 Uhr

### **Rosa-Luxemburg-Stiftung, Salon, Berlin**

Franz-Mehring-Platz 1

10243 Berlin

Der Salon befindet sich im 1. Obergeschoss.

Am 17. September 2016, einen Tag vor den Wahlen, findet in Berlin erneut ein «Marsch für das Leben» statt. Christlich-fundamentalistische sowie rechtsnationale Gegner\_innen des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung fordern dort das totale Verbot und die Bestrafung von Schwangerschaftsabbrüchen – in Deutschland und Europa. Sie werden außerdem aktiv, personell und finanziell von der rechtsradikalen Partei AfD unterstützt.

Diese «Lebensschützer» wollen im Kern Mädchen und Frauen\* jedes Recht auf Selbstbestimmung nehmen. Darüber hinaus stellen sie sich gegen die Vielfalt von Lebensentwürfen, sexuellen Orientierungen oder geschlechtlichen Identitäten. Sie hetzen gegen eine inklusive, Diversität lebende Gesellschaft und bedrohen mit dieser Haltung Lebensweisen statt sie zu schützen. Diesem reaktionären Aufmarsch und dem wachsenden gesellschaftspolitischen Einfluss christlicher Fundamentalist\_innen und Parteien wie der AfD müssen queer- feministische, linke progressive Positionen sich entgegenstellen; politisch-inhaltlich und ganz praktisch auf der Straße.

Gemeinsam wollen wir feministisch-politisch aktuell herausfordernde Fragen diskutieren, die mit immer stärkerer Unterstützung von konservativer und rechter Perspektive gesellschaftlich breit verhandelt werden und einen rechtsgewendeten roll-back emanzipativer feministischer und geschlechtergerechter Politik voranzutreiben versuchen.

Es diskutieren:

- **Ines Scheibe**, Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung
- **Eike Sanders**, Autorin und Aktivistin, u.a. beim antifaschistischen Pressearchiv und Bildungsverein Berlin (apabiz)

Kontakt

Katharina Pühl

Telefon: (030) 44310-472

Fax: (030) 44310-184

E-Mail: [puehl@rosalux.de](mailto:puehl@rosalux.de)

## Stellenausschreibungen

### 16. Referentin: Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) (Frist 13.09.)

Das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) ist eine moderne Dienstleistungsbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Die Aufgaben des Bundesamtes sind breit gefächert und beinhalten den Bundesfreiwilligendienst, die Durchführung von unterschiedlichen Förderprogrammen sowie die Betreuung anderer gesetzlicher Aufgaben.

Im Mai 2013 wurde eine Geschäftsstelle zum Ergänzenden Hilfesystem für Betroffene sexuellen Missbrauchs in Umsetzung der Empfehlungen des Runden Tisches Sexueller Kindesmissbrauch eingerichtet. Die Geschäftsstelle unterstützt in erster Linie die Arbeit der über Anträge Betroffener beratenden Clearingstelle sowie des Lenkungsausschusses des Fonds Sexueller Missbrauch und koordiniert die Einbindung regionaler Beratungsstellen.

Das Referat Fonds übernimmt allgemeine und konzeptionelle Aufgaben zum Ergänzenden Hilfesystem im Interesse des BMFSFJ unter Einbindung und Koordinierung der Geschäftsstelle.

Nähere Hinweise finden Sie unter [www.fonds-missbrauch.de](http://www.fonds-missbrauch.de).

Für die Geschäftsstelle zum Ergänzenden Hilfesystem und das Referat Fonds suchen wir eine/n Referentinnen/Referenten.

**Dienstort ist das BMFSFJ in Berlin (Kapelle Ufer).**

Die Eingruppierung erfolgt nach Entgeltgruppe 13 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst.

Die Befristung des Arbeitsvertrages erfolgt nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz für zwei Jahre.

[Weitere Informationen zum Stellenangebot finden Sie hier - PDF, 49 KB.](#)

### 17. Projektkoordination für ein neues Begegnungsprojekt für LSBTIQ Geflüchtete in Brandenburg (Frist 10.09.)

Der Landesverband AndersARTiG sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt für ein neues Begegnungsprojekt, das sich an lesbische, schwule, bisexuelle, trans\*, inter\* und queere Geflüchtete richtet, eine\_n Projektkoordinator\_in.

Ziel des Begegnungs- und Empowermentprojektes ist es zunächst eine Plattform zum Austausch für LSBTIQ-Flüchtlinge zu schaffen. Die hierzu erforderliche Öffentlichkeitsarbeit sowie die Vernetzung und Kooperation mit bestehenden Geflüchtetenelbstorganisationen sowie ggf. beteiligten staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen im Bereich der Geflüchtetenhilfe ist Kernaufgabe des Projektes. Weiterhin ist die Durchführung entsprechender Begegnungstreffen für LSBTIQ-Geflüchtete vorgesehen. Wir wollen so die Möglichkeit schaffen, daß sich LSBTIQ-Geflüchtete vernetzen können, mit dem Ziel, Austausch und Entwicklung sozialer, kultureller und politischer Forderungen und

Wünsche zu fördern und die eigenen Wünsche, Bedürfnisse und Forderungen zu artikulieren. Das Projekt soll u.a. mit Unterstützung von Ehrenamtlichen durchgeführt werden.

Die Besetzung der Stelle erfolgt im Rahmen einer Projektfinanzierung durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg nach folgenden Grundkriterien:

- Zeitumfang 20 Stunden / Woche
- Vergütung in Anlehnung an TVL-Ost E9
- Arbeitsort ist Potsdam

Bewerbung können bis spätestens 10. September 2016 eingereicht werden

Weitere Informationen zum Stellenangebot finden Sie hier:

<http://www.lesben.org/gesellschaft/arbeit/15145-andersartig-projektkoordination.html>

## 18. Praktikum (unentgeltlich) für Studierende in der Stabsstelle der Landesgleichstellungsbeauftragten

Das brandenburgische Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen (MASGF) bietet **Praktikumsplätze in der Stabsstelle der Landesbeauftragten**. Für Studierende besteht hier die Möglichkeit, ihr Pflichtpraktikum zu absolvieren. Außerdem können Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare die Verwaltungs-, Wahlpflicht- oder Wahlstation im Rahmen des juristischen Vorbereitungsdienstes in der Stabsstelle im MASGF ableisten.

Geeignet ist der Platz für an einer Hochschule immatrikulierte Studierende, die im Rahmen ihrer Studienordnung oder Ausbildungsordnung ein Pflichtpraktikum absolvieren müssen. Je nach Interessenschwerpunkt ist eine thematische Zuordnung zum Beauftragten für die Belange der Menschen mit Behinderungen, der Landesintegrationsbeauftragten oder der Landesgleichstellungsbeauftragten möglich. Ziel des Praktikums ist es, die bereits im Hochschulstudium erworbenen theoretischen Kenntnisse durch praktische Erfahrungen zu erweitern und zu vertiefen.

Die Praktikumsdauer sollte mindestens 6 Wochen betragen. Pflichtpraktika werden nicht vergütet, noch können sozialversicherungsrechtliche Leistungen oder andere Kosten wie z. B. Fahrt- oder Unterbringungskosten übernommen werden. Während des Praktikums besteht kein Urlaubsanspruch.

Bitte beachten Sie die Bewerbungsfrist von mindestens 8 Wochen vor Praktikumsbeginn.

Nach Beendigung des Praktikums wird den Praktikantinnen und Praktikanten ein Zeugnis ausgestellt.

Bei dem Praktikum im MASGF handelt es sich nicht um ein Praktikum im Sinne des § 26 des Berufsbildungsgesetzes. Die Praktikantinnen und Praktikanten bleiben – während der Zeit der praktischen Ausbildung – praktizierende Studierende, d. h. Mitglieder der Hochschule mit allen Rechten als Studentinnen bzw. Studenten.

Bewerbungsmodalitäten

Bitte nennen Sie in Ihrem Bewerbungsschreiben den Zeitraum des Praktikums und in welchem Aufgabenbereich Sie eingesetzt werden möchten.

Bei Interesse reichen Sie bitte folgende Bewerbungsunterlagen ein:

1. Bewerbungsschreiben
2. Tabellarischer Lebenslauf
3. Aktuelle Studienbescheinigung
4. Bestätigung/Nachweis zum Pflichtpraktikum (z. B. Bestätigung der Hochschule oder Auszug aus der Studien-/Prüfungsordnung)

Die Plätze sind begrenzt. Bewerbungen richten Sie bitte an:

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

Referat 12

Postfach 60 11 63

14411 Potsdam

oder per E-Mail an: [Simone.Scholz@masgf.brandenburg.de](mailto:Simone.Scholz@masgf.brandenburg.de)

Für Fragen steht Ihnen Frau Scholz, Telefon 0331 866-5127 zur Verfügung.

## 19. Persönliche ReferentIn der geschäftsführenden Vorstandsfrau bei Terre des Femmes (Frist 09.10.)

TERRE DES FEMMES – Menschenrechte für die Frau e.V. ist eine gemeinnützige Frauenrechtsorganisation, die durch Öffentlichkeitsarbeit, Lobbyarbeit, Vernetzung, Förderung von Auslandsprojekten und Beratung gewaltbetroffene Mädchen und Frauen unterstützt. Schwerpunktthemen sind Häusliche und sexualisierte Gewalt, weibliche Genitalverstümmelung, Gewalt im Namen der Ehre, Frauenhandel und Prostitution. Der Verein beschäftigt zurzeit 34 hauptamtliche Mitarbeiterinnen in Teil und Vollzeit. Die Bundesgeschäftsstelle befindet sich in Berlin.

**Die Aufgaben umfassen unter anderem die** Büroorganisation und Tagesgeschäft (Bearbeitung breit gefächelter Anfragen), Termin- und Reisekoordination für den gesamten Vorstand, Betreuung von Kooperationen und prominenten BotschafterInnen, Organisation von Veranstaltungen, Externe und interne Kommunikation, Vorbereitung und Protokollierung von Sitzungen (u.a. Vorstandssitzungen), Anleitung einer Praktikantin, Erarbeitung von Textvorlagen, Reden und Präsentationen, Überwachung von Beschlüssen, **Generell:** organisatorische, planerische und inhaltliche Unterstützung der Geschäftsführung

Weitere Informationen zum Stellenangebot finden Sie hier:

<https://frauenrechte.de/online/index.php/ueberuns/stellenangebote>

---

Noch viel mehr spannende **Veranstaltungen** im Raum Berlin/Brandenburg finden Sie wie immer auf unserer Webseite: <http://frauenpolitischer-rat.de/veranstaltungen/>

Und nicht vergessen: Der Termin der nächsten **ordentlichen Mitgliederversammlung** ist der 05. November 2016.

Haben Sie schon Ihren **LandFrauenkalender für 2017** bestellt? Das Bestellformular finden Sie ganz oben auf der Startseite [www.landfrauen.info](http://www.landfrauen.info)

Bis zur nächsten Ausgabe der FPRmail wünscht Ihnen der Frauenpolitische Rat Brandenburg schöne verbleibende Sommertage!

---

Falls Sie aus der Mailingliste von FPRmail gestrichen werden wollen, teilen Sie uns dies bitte per Mail mit. Wir freuen uns natürlich auch über jede/n, die/der sich neu darauf registrieren lassen will.

---

## IMPRESSUM

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30. September 2016

Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e. V.

Zusammenschluss von 22 Frauenverbänden, -organisationen, -vereinen sowie Frauengruppen der Gewerkschaften, Kirchen und Parteien

Verantwortlich: Verena Letsch

Charlottenstraße 121, 14467 Potsdam

Fon: 0331 – 280 35 81, Mail : [FrauPolRat@t-online.de](mailto:FrauPolRat@t-online.de)

Web : [www.frauenrat-brandenburg.de](http://www.frauenrat-brandenburg.de)

Besuchen Sie uns auch auf [Facebook!](#)

**FRAUEN RAT**  
POLITISCHER  
LAND BRANDENBURG E.V.